

Demokratie in der Krise? Demokratisch zu leben erfordert die konstruktive Auseinandersetzung mit anderen

„Die Demokratie steht unter Druck“ – verkündet der deutsche Bundespräsident Frank Walter Steinmeier. In immer mehr westlichen Ländern kommen Autokraten an die Macht, die darauf verweisen können, dass sie demokratisch gewählt wurden und von der Bevölkerung unterstützt werden. Auch in Deutschland und Europa ist eine Zunahme an anti-demokratischen Bewegungen zu verzeichnen. Die Demokratie, so werden wir wieder gewahrt, kann sich selbst abwählen. Gegen dieses Demokratie-Paradoxon helfen teure staatliche Abwehrmaßnahmen und Programme nur bedingt.

Dabei steht die Idee der Demokratie, wie Umfragen immer wieder belegen, weltweit bei den meisten Menschen hoch im Kurs (Pew 2017). Aber unsere real existierende Demokratie entspricht noch lange nicht diesem Ideal: Politische Führungskräfte werden (außer auf Gemeindeebene) nicht direkt gewählt. Wahllisten entstehen oft nach heftigen Diskussionen und Machtstreben anstatt auf strategischen, transparenten und fairen Vorgehen. Die soziale Ungleichheit in der Bevölkerung steigt. Die herrschende Politik setzt unzureichend die Wünsche der Bevölkerung um, z.B. bei Themen wie mehr Klimaschutz. Ein Teil des wachsenden Unmuts richtet sich also gegen solche Missstände in unserer Demokratie und nicht gegen die Idee der Demokratie selbst.

Damit die Demokratie am Leben erhalten werden kann, erfordert es auch besondere Fähigkeiten; Demokratie zu leben erfordert die Fähigkeit, Probleme und Konflikte auf der Grundlage universeller moralischer Prinzipien wie Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Kooperation zu lösen, und zwar durch Abwägen, Aushandeln und Diskussion. Moralisches Abwägen und Diskussion setzt aber voraus, dass Menschen reden und zuhören können, mit anderen Worten, dass sie ihre Meinung ausdrücken und die Meinung anderer verstehen können, und dass sie Argumente (für und gegen bestimmte Entscheidungen) dazu nutzen können, ihre eigene Meinung zu prüfen und nicht lediglich davon abhängig machen, von wem die Argumentation kommt. Wenn Menschen keine Gelegenheit haben, diese Fähigkeit zu entwickeln, kann dies bei Problemen und Konflikten zu problematischen Konsequenzen führen, z.B. dem unkritischen Glauben an Berichte in traditionellen oder sozialen Medien oder gar auf verbale und physische Gewalt.

Der Erfolg antidemokratischer Bewegungen sollte nicht als das alleinige Werk antidemokratischer Politiker/innen oder einer „korrupten Elite“ gesehen werden, sondern alle Bürgerinnen und Bürger in der Verantwortung sehen – auch in der Zivilgesellschaft wird ein Mangel an respektvoller, prinzipienbasierter Kommunikation bei Vielen deutlicher. Wer nicht lernen konnte, über den eigenen Standpunkt zu reden und Anderen zuzuhören, für den bleibt das zentrale demokratische Prinzip der Meinungsfreiheit abstrakt. Wer keine kontroverse Diskussion mit anderen führen kann, ohne „persönlich“ zu werden oder sich angegriffen zu fühlen, kann nicht von politischer Partizipation profitieren. Wer Angst davor hat, mit anderen über heikle Themen zu reden, versammelt sich hinter „Führern“, die diese Angst vieler Bürgerinnen und Bürger für ihre eigenen Zwecke ausnutzen.

Eine demokratische Gesellschaft sollte jedem Bürger und jeder Bürgerin, ob klein oder groß, ausreichend Gelegenheit geben, diese Fähigkeit zu entwickeln (Lind 2019). Die Fähigkeit zur respektvollen Kommunikation und der Auseinandersetzung mit Argumenten kann bereits in der Schule gefördert werden, Schulen und Hochschulen bieten Kindern und Erwachsenen jedoch unserer Ansicht nach noch immer zu wenig Gelegenheit zur Entwicklung dieser Fähigkeit. Dabei haben wir heute sehr effektive Methoden, um moralisch-demokratische Fähigkeiten ohne großen Aufwand an Zeit und Geld zu fördern (Lind 2015; 2018).

Die wichtigsten Implikationen:

- Demokratie kann sich selbst abwählen – eine Verantwortungszuschreibung des „Rechtsrucks“ an Rechtspopulisten oder einer korrupten Elite allein ist nicht zielführend.
- Schulen und Hochschulen müssen daher stärker die Fähigkeiten fördern, die für ein demokratisches Zusammenleben notwendig sind, wie das Abwägen zwischen Alternativen und die respektvolle und prinzipienbasierte Kommunikation.

Georg Lind (apl. Prof. em. Universität Konstanz)

Nadine Knab (Universität Koblenz-Landau)

Lind, G. (2015). Moral ist lehrbar. Wie man moralisch-demokratische Fähigkeiten fördern und damit Gewalt, Betrug und Macht mindern kann. Berlin: Logos.

Lind, G. (2018). Diskussions-Theater -- Eine Methode der Demokratieerziehung. In: Lehren & Lernen, S. 24-33.

Lind, G. (2019). Krise der Demokratie. Die Psychologie kann helfen. report psychologie, März 2019, S. 8 - 10.

Pew Research Center (2017). <http://www.pewglobal.org/2017/10/16/globally-broad-supportforrepresentative-and-direct-democracy/>